STANDPUNKT

Freie Wähler
in der Region Stuttgart

Ausgabe 3 – Dezember 2011

Newsletter der Freien Wähler in der Region Stuttgart

Liebe Freunde der Freien Wähler, sehr geehrte Damen und Herren,

im zu Ende gehenden Jahr wurde der Konflikt zwischen unserem doch recht hohen Wohlstandsniveau und dem Preis, den die Gesellschaft dafür zu zahlen hat, deutlicher denn je. Die gegenwärtige Schulden- und Eurokrise lenkt den Blick auf Griechenland, Italien oder andere Länder und dadurch etwas ab von unseren eigenen Problemen. Auch wir entfernen uns zunehmend von der Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft. 1,9 Billionen Euro Schulden haben die öffentlichen Hände aufgetürmt, überwiegend in wirtschaftlich prosperierenden Zeiten, Sozialleistungen werden ausgebaut, und jetzt sollen auch noch die Steuern gesenkt werden.

Obwohl die Steuerquellen sprudeln und der Arbeitsmarkt so gut ist wie seit 20 Jahren nicht mehr, verschulden sich Bund und Länder munter weiter. Die sozialen Leistungsgesetze und steigende Anforderungen, etwa im Bereich der Bildung und der Kinderbetreuung, engen den Spielraum der Kreise und Gemeinden so ein, dass auch sie Wechsel auf die Zukunft ziehen müssen. Notwendig war und ist die Energiewende. Sie ist ein Beitrag nachhaltigen Handelns und generationengerechter Politik. Wie schwer es ist, eingefahrene Wege zu verlassen und was es kostet, wird uns nun bewusst. Trotzdem gibt es keinen Weg zurück und wir müssen die regenerative Energieerzeugung als Chance sehen, die Wertschöpfung in unserer Region zu halten und damit neue Arbeitsplätze zu schaffen. Nicht zuletzt macht sich Deutschland damit auch frei von der Abhängigkeit erdöl- und gasexportierender Länder. Ein Standortvorteil, der gerade in Zukunft von entscheidender Bedeutung werden kann, wenn die fossilen Energieträger und ihr durch deren Verknappung steigender Preis die Wirtschaft, aber auch Privathaushalte belasten werden.

Trotzdem wird die Zukunft die finanziellen Spielräume deutlich einengen. Die Herausforderungen an künftige Generationen nehmen dadurch zu und die Lasten werden auf immer weniger Schultern verteilt. Wann erkennen die Politiker auf allen Ebenen, dass wir nicht auf andere Länder mit dem Finger zeigen dürfen, sondern bei uns selbst umdenken müssen?

Man darf sich wirklich fragen, wann wir mit dem Abbau der Verschuldung und anderer Zukunftslasten beginnen wollen, wenn nicht jetzt. Dies gilt im überschaubaren Raum der eigenen Gemeinde, im Landkreis und auch beim Verband Region Stuttgart. Wenn dann zu Ausgabendisziplin oder zu energischem Sparen aufgefordert wird, kommt oft der Einwand vom „Kaputtsparen“. Ein solcher Vorwurf geht natürlich leichter von der Hand als eine konsequente Bedarfsorientierung. Schuldenabbau darf nicht bedeuten, dass man durch höhere Umlagen die nächste Ebene heranzieht, sondern man muss im eigenen Haus anfangen, zukunftsorientiert zu handeln.

Es geht uns doch insgesamt so gut, dass wir den Blick mehr auf die Zukunft richten sollten. Generationengerechtigkeit ist eine Verpflichtung, der wir uns nicht entziehen dürfen. Deshalb ist es auf allen Ebenen der Politik höchste Zeit, diese auch einzulösen. Wir Freien Wähler sollten und können hier vorangehen, denn nicht Wählerstimmen, sondern das Allgemeinwohl sind unser Maßstab.

Die Regionalfraktion bedankt sich ganz herzlich für das große Engagement der Persönlichkeiten in unserer Region Stuttgart, die tagtäglich die Idee einer unabhängigen und bürgernahen Kommunalpolitik voranbringen. Wir wünschen Ihnen Entspannung und Erholung in den Tagen über Weihnachten und Neujahr und Erfolg, Freude und Befriedung in 2012.

Ihre

Andreas Hesky, Peter Aichinger,
Alfred Bachofer, Karl-Heinz Balzer,
Frank Buß, Dr. Dieter Deuschle,
Wilfried Dölker, Rainer Gessler,
Joachim Hülscher, Heinz Kälberer,
Jochen Kretschmaier, Rolf Kurfess,
Bernhard Maier, Markus Nau,
Thomas Sprißler, Norbert Wiedmann

STANDPUNKT
Freie Wähler
in der Region Stuttgart
Ausgabe 3 – Dezember 2011
Newsletter der Freien Wähler in der Region Stuttgart

„Schwerpunkte des Haushalts 2012 des Verbands Region Stuttgart“

Wir Freien Wähler hatten uns vorgenommen, mit dafür zu sorgen, dass die Belastung der Kommunen und Landkreise durch die Verbandsumlage und die ÖPNV-Umlage im Jahr 2012 nicht steigt. Diese Versuche können als erfolgreich bezeichnet werden, weil es uns geglückt ist, an verschiedenen Stellschrauben in unserem Sinne zu drehen.

Das gilt beispielsweise für unseren Antrag, auf das Land zuzugehen, um eine höhere Beteiligung an den S-Bahn-Kosten zu erreichen. Mit unserer Initiative, den S-Bahn-Ringschluss über Neuhausen kommend bis ins Neckartal zu untersuchen, war es uns wichtig, die positiven Auswirkungen von S 21 für den regionalen Nahverkehr zu unterstreichen.

Die Haushaltsdebatte wurde vom Volksentscheid über Stuttgart 21 geprägt. Wir sind froh über das eindeutige Votum für dieses wichtige Infrastruktur-, Wirtschaftsförderungs- und Arbeitsplatzsicherungsprojekt. Nun muss die Deutsche Bahn AG rasch an die Umsetzung gehen und ein schnelles, sicheres Vorankommen der Baumaßnahme gewährleisten. Wir setzen darauf, dass die Belastungen im Pendlerverkehr so gering wie möglich sind, um die Akzeptanz von S21 in der Bauphase sicherzustellen.

Mit unserem Haushaltsantrag zur nachhaltigen Mobilitätsregion ist es uns gelungen, das Ziel des Förderprogramms zu konkretisieren. Es wird nun darauf ankommen, präzise diejenigen Bereiche zu definieren, die für die Schaffung einer nachhaltigen Mobilität in unserer Region wichtig sind. Die nachhaltige Mobilität ist eine Zukunftschance für unsere Wirtschaft. Wir Freien Wähler wollen keine Mitnahmeeffekte, sondern mit dem Förderprogramm tatsächlich innovative und neue Ansätze anregen.

Zu den innovativen Kräften in unserer Region gehört auch die Kultur. Sie ist in unseren Städten und Gemeinden zu Hause. Dort soll sie auch weiterhin bleiben. Nach der Strategiediskussion muss sich die KulturRegion nun wieder den Inhalten der künftigen Kulturarbeit zuwenden. Dazu braucht es kein neues GmbH-Kleid. Gleichwohl tragen wir Freien Wähler es mit, einen höheren Beitrag für die Vereinsgeschäftsstelle der KulturRegion zu leisten. Wir werden in den weiteren Beratungen aber einfordern, das paritätische Miteinander zwischen Verband und Kommunen durch eine ausgewogenere Finanzierung sicherzustellen. Was wir klar ablehnen, sind Überlegungen, dem Verband zu ermöglichen, künftig eigene Kulturangebote zu machen. Das wäre eine Schwächung der regionalen Identität, die über die kommunale Kulturarbeit geleistet wird.

Wir freuen uns auf die weitere Arbeit im Jahr 2012 im Verband Region Stuttgart.

Andreas Hesky

STANDPUNKT
Freie Wähler
in der Region Stuttgart
Ausgabe 3 – Dezember 2011
Newsletter der Freien Wähler in der Region Stuttgart

Stuttgart 21 und die Volksabstimmung - eine Chance zur Befriedung

Die Volksabstimmung ist vorbei, sie hat ein eindeutiges Ergebnis gebracht, und sie war bei all ihren Schwächen das einzige Instrument, um diesen alles beherrschenden und blockierenden Streit zu beenden und die Chance auf ein Miteinander zu eröffnen. Das Votum kann, wenn beide Lager verantwortungsvoll damit umgehen, den Streit auf eine konstruktivere Ebene heben. Wenn das Referendum einen Sinn hatte, dann in seiner viel beschworenen befriedenden Wirkung, jedenfalls für den vernünftigen Teil der Bevölkerung.

Die Regionalfraktion der Freien Wähler hat in diesem Konflikt immer klar pro S 21 Position bezogen. Auch der Landesverband hat an seiner positiven Unterstützung keinen Zweifel gelassen. Im ganzen Land und vor allem in der Region haben sich die Freien Wähler dem Bündnis der Befürworter angeschlossen und eine in dieser Form einmalige gruppen- und parteiübergreifende Initiative unterstützt. Besonders in der Region ist es gelungen, die „schweigende Mehrheit" zu mobilisieren und mit überzeugenden Mehrheiten das Ergebnis zu festigen.

Wie in kaum einem anderen landespolitischen Feld wurden hier die Freien Wähler als gestalterische und starke Kraft wahrgenommen, wie es auch ihrer Stellung in den Kommunalparlamenten entspricht. Bei aller landespolitischen Enthaltsamkeit, S 21 mit all seinen Folgewirkungen auch für die kommunale Ebene, hat unsere aktive und engagierte Mitwirkung geradezu herausgefordert.

Foto: Ra Boe/Wikipedia

Nun herrscht Klarheit, und die neue Landesregierung muss sich neben der ungeliebten Unterstützung für das Projekt ihren Hausaufgaben zuwenden, die monatelang blockiert waren, wie etwa Bildung, Energie und Verkehr. Gerade auch hier ist in der Regionalversammlung unsere aktive Begleitung erforderlich. Die Volksabstimmung hat gezeigt, dass die Bürger eben nicht demjenigen Recht geben, der am lautesten schreit, sondern dem Fortschritt Chancen einräumen. An diesem Signal kommt auch die Landesregierung nicht vorbei.

Bernhard Maier

STANDPUNKT
Freie Wähler in der Region Stuttgart
Ausgabe 3 – Dezember 2011
Newsletter der Freien Wähler in der Region Stuttgart

Innenentwicklung statt Flächenversiegelung?

Der Verband Region Stuttgart setzt seit vielen Jahren verstärkt auf Zuwachs nur in den Siedlungsbereichen und Innenentwicklung statt Flächenversiegelung. Die Gemeinden mit sog. „Eigenentwicklung" werden auf den nachweisbaren inneren Bedarf begrenzt. Der derzeitige Regionalplan stellt dies verstärkt in den Mittelpunkt bei der Steuerung des bescheiden gewordenen Bevölkerungszuwachses. Eine Veranstaltung des Verbands Region Stuttgart Ende November hat sich intensiv mit dieser Problematik befasst.

Ohne Frage gibt es viele gute Gründe für Innenentwicklung und Konzentration auf die Siedlungsbereiche. Wie so oft im Leben hat auch diese Medaille ihre zwei Seiten. Gerade weil die natürliche Bevölkerungsentwicklung fast am Nullpunkt angelangt ist und der Zuzug sich abschwächt, geraten viele kleinere Gemeinden außerhalb der Entwicklungsachsen in die Zange. Sinkende Geburten- und Schülerzahlen gefährden Betreuungseinrichtungen und Schulstandorte – selbst Grundschulen fehlt zunehmend die Basis. Damit droht ein Teufelskreis – keine ausreichende Infrastruktur löst Wegzüge aus, Zuzüge finden kaum noch statt. In der Folge werden bestehende Einrichtungen immer weniger tragfähig.

Diese Sorge haben die meisten Zentralorte mehr oder weniger nicht. Deshalb muss die Regionalplanung mit dieser Fragestellung sensibel umgehen. Einer Gemeinde ohne Schule und Kinderbetreuungseinrichtungen fehlt ein Herzstück. Sofern kleinere Gemeinden im näheren Umfeld des Zentralorts nachweisbar Zuwanderung in überschaubarem Umfang gewinnen können, sollte bei der Baulandbemessung Augenmaß stattfinden. Gleiches gilt für die Anrechnung von Innenpotenzialen. Gerade in ländlichen Räumen ist eine Anrechnungsquote von 50% oft unrealistisch.

Ähnlich ist die Situation bei der Ansiedlung von Lebensmittelmärkten. Auf nachhaltiges Drängen unserer Fraktion ist es gelungen, im Regionalplan eine Verbesserung zugunsten kleinerer Kommunen zu erreichen. Bei Märkten der täglichen Versorgung und bei Platzierung im Innenbereich ist die Grenze von 800 m² Verkaufsflächen gefallen. Es wird aber oft nicht gelingen, im Innenbereich die dafür benötigte Grundstücksfläche von bis zu 8000 m² bereit zu stellen. Wenn es absolut keine Möglichkeit gibt, einen integrierten Standort zu finden, sollten auch Randlagen akzeptiert werden. Wenn kleinere Kommunen ihre Fachgeschäfte halten wollen, brauchen sie einen Frequenzbringer. Ein Markt in einer Randlage ist dann immer noch besser als gar keiner.

Auch wenn es gute Argumente für die strikte Linie der Regionalplanung gibt, man sollte die Kirche im Dorf, d.h. wenn immer möglich, die Schule und das Einkaufen dort lassen.

Alfred Bachofer

Fotolia / alte deutsche stadt. © Karin Jehle

STANDPUNKT
Freie Wähler
in der Region Stuttgart
Ausgabe 3 – Dezember 2011
Newsletter der Freien Wähler in der Region Stuttgart

Wir Freien Wähler fordern Klarheit in der Schulpolitik

Eltern, Gemeinden und Schulen sind verunsichert

Die grün-rote Landesregierung hat einen grundlegenden Wechsel im Schulsystem angekündigt. Längeres Lernen in Gemeinschaftsschulen soll das bisherige differenzierte Schulangebot in Hauptschulen, Werkrealschulen und Realschulen ergänzen oder ablösen. Dabei soll ein noch nicht näher beschriebenes Wahlrecht der Eltern und Schulträger eingeführt werden. Noch immer unklar ist, ob auf Dauer von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedliche Angebote möglich sind. Was wird aus den bestehenden Kooperationen zu Werkrealschulen, die teilweise unter großen Kraftanstrengungen entstanden sind? Gibt es weiterhin Realschulen? Wann und wie ist der Übergang zu den Gymnasien geplant?

Diese und weitere Fragen beschäftigen derzeit die Eltern, die Verantwortlichen in den Schulen und die Kommunen als Schulträger. Die neue Landesregierung hat hohe Erwartungen geweckt und muss nun klar sagen, wohin die Reise gehen soll. Im hochsensiblen Gefüge des Bildungssystems sind Informationsdefizite nicht hinnehmbar. Bei den bisherigen Informationsveranstaltungen sind viele Fragen offen geblieben.

„Wir Freien Wähler in der Region Stuttgart unterstützen den Grundgedanken, dass die soziale Herkunft kein Hemmnis in der Schulbildung darstellen darf. Längeres gemeinsames Lernen in Gemeinschaftsschulen darf aber nicht zu Qualitätsverlusten führen, denn das Bildungsniveau wird mehr denn je ein wichtiger Faktor im internationalen Wettbewerb sein“. betont Oberbürgermeister Andreas Hesky, der Vorsitzende der Regionalfraktion.

Die Freien Wähler fordern deshalb ein schlüssiges Gesamtkonzept. Sehr schnell muss Klarheit darüber herrschen, nach welchen Leistungsstandards unterrichtet wird, welche Mindestgröße eine Gemeinschaftsschule haben wird, was mit den anderen Schularten (bisherige Hauptschule, Werkrealschule, Realschule und Gymnasium) passiert, welcher Zeitplan vorgesehen ist, und wie die versprochene Beteiligung aller Betroffenen erfolgen soll. Auf große Skepsis stößt die Botschaft, dass es bei dieser Reform keine Verlierer unter den Gemeinden geben soll. Jede Kommune könne alles haben, wenn sie nur wolle und genügend Schüler aufweise. Gerade in kleineren Kommunen machen sich da Zweifel breit.

Die angekündigte Wahlfreiheit wirft auch die Frage auf, wie Familien reagieren sollen, wenn sie in eine Gemeinde mit anderer Schulform ziehen müssen.

„Bei dem überaus wichtigen Thema Bildung halten wir Freien Wähler es für unabdingbar notwendig, jetzt schnellstens Klarheit darüber zu schaffen, wie es weiter geht. Sowohl die Eltern, die Schulen aber auch die Kommunen brauchen dringend Planungssicherheit“, nimmt Hesky die Regierung in die Pflicht. Für die Lehrer muss die entsprechende Ausbildung organisiert werden. Auch hier spürt man eine große Verunsicherung. In vielen Kommunen stehen bauliche Maßnahmen an, gemeindeübergreifende Kooperationsmodelle stehen vor dem Abschluss. Dies alles liegt auf Eis, da verlässliche politische Rahmenbedingungen fehlen

Fragen über Fragen, die das seit Jahren immer wieder reformierte Schulgeschehen immens belasten. Die Freien Wähler erwarten, dass nicht die Politik, sondern das Wohl der Kinder in den Vordergrund gestellt wird. Sie fordern die Landesregierung auf, unverzüglich mit klaren Vorstellungen das Gespräch mit den Schulträgern zu suchen. Weitere Verzögerungen würden die Absicht, mehr Lernqualität zu erreichen, ins Gegenteil verkehren.

Alfred Bachofer

STANDPUNKT
Freie Wähler in der Region Stuttgart
Ausgabe 3 – Dezember 2011
Newsletter der Freien Wähler in der Region Stuttgart

Mehr Windkraft für eine nachhaltige Energiezukunft

Die neue Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, Baden-Württembergs Energiebedarf bis zum Jahr 2020 zu 10 % aus Windenergie zu decken. Auf den ersten Blick könnte man meinen, dass dies ein leicht zu erreichendes Ziel ist, wenn man vor allem die Anteile der Windenergie in den anderen Bundesländern sieht. Auf den zweiten Blick spürt man, nachdem in Baden-Württemberg bisher weniger als ein Prozent des Energiebedarfs aus Windenergie gedeckt wird, dass noch ein großes Stück Arbeit vor uns liegt.

Zum einen hängt das damit zusammen, dass bisher in Baden-Württemberg der Windenergie keine allzu große Bedeutung beigemessen wurde, da unser Land nicht zu den windreichen Gegenden gezählt werden kann. Diese Einschätzung ändert sich erst durch die fortschreitende Technik und die Chance, Windrotoren mit einer Nabenhöhe von 140 Metern und höher zu errichten. In solchen Höhen kann auch in Baden-Württemberg Wind geerntet werden.

Zum anderen liegt der geringe Anteil an Windenergie auch daran, dass die frühere Landesregierung großen Wert auf den Schutz der Landschaft gelegt hat und sich bewusst dafür entschieden hat, unsere natürliche Ressource, die Schönheiten des Schwarzwaldes, der Schwäbischen Alb, von Hohenlohe oder auch die ohnehin stark strapazierte Landschaft in unserem Verdichtungsraum Region Stuttgart nicht durch zusätzliche Windrotoren zu belasten, deren Wirtschaftlichkeit mehr als zweifelhaft war.

Daher sind unsere Startvoraussetzungen in Baden-Württemberg und in der Region Stuttgart auch nicht vergleichbar mit dem Saarland, mit Rheinland-Pfalz oder anderen Bundesländern, vor allem mit Norddeutschland, die naturgemäß mehr Wind haben. Darüber hinaus ist die Summe an benötigter Energie im Industrieland Baden-Württemberg natürlich auch deutlich höher als in den doch eher strukturschwächeren Ländern, mit denen wir uns vergleichen lassen müssen.

Was bedeutet das für uns Freie Wähler, die wir vielfach in Gemeinderäten und Kreistagen entscheidenden Einfluss haben? Auch wir Freien Wähler können und wollen uns der Energiewende nicht verschließen. Die Inanspruchnahme endlicher Ressourcen muss verlangsamt werden und der Ausstieg aus der Atomenergie ist unumkehrbar. Dass wir den Ausstieg binnen weniger Jahre vornehmen, macht die Sache nicht einfacher. Aber umso entschlossener und entschiedener müssen wir vorangehen. Daher wird es notwendig sein, der Windenergie einen neuen Vorrang einzuräumen und Flächen, auf denen die Windernte wirtschaftlich möglich ist, besonders sorgsam zu prüfen.

Wir wollen nicht das Kind mit dem Bade ausschütten und nicht sämtliche Schutzgüter wie Landschaft, Umwelt- und Naturschutz, Emissionen, die von Windrädern ausgehen und die Wohnbevölkerung betreffen, missachten. Ganz im Gegenteil. Auch für uns muss Windenergie vertretbar und verträglich sein und bleiben. Allerdings werden wir unser Auge daran gewöhnen müssen, die eine oder andere Windmaschine am Horizont oder auch in der Nachbarschaft zu akzeptieren. Wir können nicht nach dem Motto „Wasch mich, aber mach mir den Pelz nicht nass“ vorgehen. Wir Freien Wähler waren schon immer Realisten und haben Wege gesucht, um etwas erreichen zu können.

Mit Interesse beobachten wir derzeit die Rangelei um Zuständigkeiten zwischen dem Land Baden-Württemberg, dem Verband Region Stuttgart und uns Kommunen. Das Land hebt mit dem Landesplanungsgesetz die Ausschlussgebiete, die von den Regionalverbänden, auch von unserem Verband Region Stuttgart festgesetzt wurden und in denen keine Windrotoren errichtet werden dürfen, auf. Damit öffnet das Land neue Möglichkeiten, schafft letztendlich einen Wettbewerb und einen Markt. Nur so wird es möglich sein, das ehrgeizige Ziel von 10 Prozent Windenergieanteil im Jahr 2020 zu erreichen.

Natürlich möchte der Verband Region Stuttgart an der Ausweisung der Flächen, in denen künftig Windenergiegewinnung möglich ist, mitwirken. Das ist verständlich und macht, wenn es in einem partnerschaftlichen und fairen Miteinander geschieht, auch Sinn. Es kann nicht unser Interesse sein, einzelne Windanlagen zu haben, sondern es muss unser Ziel sein, dass Windparks entstehen, die konzentriert dafür sorgen, dass der Wind wirtschaftlich ausgenutzt wird.

Wir bedauern die Zuständigkeitsstreitigkeiten und setzen - wie in vielen anderen Planungsfeldern auch - darauf, dass die Kommunen mit ihrer Planungshoheit sorgsam umgehen, wie sie dies auch sonst tun. Viele schwierige Planungsaufgaben sind von den Kommunen bisher bravourös gelöst worden, ohne dass es der Nachhilfe von oben bedurfte.

Die Fortschreibung des Flächennutzungsplanes ist durch die Änderung des Landesplanungsgesetzes ein Muss in jeder Kommune geworden. Viele haben damit auch schon begonnen. Allerdings lässt uns nun das Land im Regen stehen. Nach wie vor fehlen die Angaben aus dem Winderlass des Landes Baden-Württemberg, wo sich das Land Windrotoren vorstellen kann, welche Abstände zur Wohnbebauung eingehalten werden sollen oder wie auch damit umzugehen ist, dass Windrotoren in unserer Region Stuttgart an vielen Stellen in den regionalen Grünzügen

STANDPUNKT
Freie Wähler
in der Region Stuttgart
Ausgabe 3 – Dezember 2011
Newsletter der Freien Wähler in der Region Stuttgart

stehen werden müssen, da diese flächendeckend über die Region gelegt wurden. Und zumindest bisher sind Windrotoren in den regionalen Grünzügen nicht möglich. Wenn das so bleibt, wird es nichts mit einem raschen Ausbau der Windernergie in unserer Region.

Da noch viele Fragen zur Windkraftplanung offen sind, ist die vom Land vorgesehene Übergangszeit bis zum 1. Oktober 2012 – so lang sollen die Windausschlussgebiete noch gelten, und ab dann würde nur noch das freie Spiel der Kräfte wirksam sein – zu kurz. Wer einen Flächennutzungsplan rechtssicher fortschreiben möchte, braucht eine Bürgerbeteiligung, gerade auch bei der nicht ganz einfachen Ausweisung von Windkraftstandorten. Wir werden es auch erleben, dass Windkraftstandorte von Grundstückseigentümern, die sich durch die Windkraft ein gutes Geschäft erhoffen, gefordert werden. Umso mehr bedarf es eines ausreichend bemessenen Zeitraums, bis die Kommunen ihre Planungshoheit verantwortungsvoll, rechtssicher und abwägungsfehlerfrei umgesetzt haben.

Das Land hat sich zur Energiewende entschlossen. Die Kommunen werden ihren Anteil dazu leisten. Der Verband Region Stuttgart wird nach wie vor eine wichtige Rolle dabei spielen, regionale Gesichtspunkte einfließen zu lassen. Wir Freien Wähler in der Regionalversammlung werden aber weiterhin unseren Beitrag dafür leisten, dass die Kommunen nicht ans Gängelband gelegt werden, sondern die Chance haben, lokale Bedürfnisse und Interessen zu vertreten und die Bürgerbeteiligung vor Ort durchzuführen.

Wir Freien Wähler im Verband Region Stuttgart sind uns sicher, dass jede Kommune sich auch das Fachwissen des Verbands Region Stuttgart durch eine frühzeitige Beteiligung zu nutze macht und den Verband bei allen Planungen hinzuzieht.

Denjenigen, die sich mit Windenenergie gar nicht anfreunden können, sei zum Trost gesagt, dass Windkraftanlagen, wenn sie nicht mehr gebraucht werden, weil die Menschheit vielleicht eine andere Form der Energieerzeugung gefunden hat, binnen weniger Tage abgebaut sind, ohne Spuren und Altlasten für künftige Generationen zu hinterlassen. Letztendlich gilt das auch für die Photovoltaik, für die Biomassenutzung oder die Geothermie. Nutzen wir unsere Ressourcen und unsere Rohstoffe. Der Ausbau der Wasserkraft hat in unserem Land schon eine jahrhundertelange Tradition. Hier sind keine großen Zugewinne an neuer Energie mehr machbar. Sehen wir die Energiewende auch als Beitrag, die Umwelt zu schützen, generationengerecht Energie zu erzeugen und die Schöpfung zu bewahren. Dafür stehen wir Freien Wähler im Verband Region Stuttgart.

Andreas Hesky

Foto: Christian Wagner/Wikipedia

ANSPRECHPARTNER
(V.i.S.d.P.) Alfred Bachofer
Paul-Gerhardt-Straße 31
72622 Nürtingen
Fon (0 70 22) 47 09 09
Fax (0 70 22) 24 10 69
Mail A.Bachofer@gmx.net

GESTALTUNG
Wager Kommunikation GmbH
In der Halde 20
72657 Altenriet
Fon (0 71 27) 9 31 58 07
Fax (0 71 27) 9 31 58 08
www.wager.de